

NICARAGUA ZEITUNG

September 2003



Was hat der IWF mit der Bildungsmisere in Nicaragua zu tun?

Seit 1990 - dem Ende der sandinistischen Regierung - befindet sich das nicaraguanische Bildungssystem in einem Umwandlungsprozess, der dazu führt, dass die Bildung wieder zu einem Privileg einiger weniger wird. An den Errungenschaften der Sandinistischen Revolution, die inzwischen Geschichte sind, müssen die Fortschritte und Rückschritte in der jetzigen Gesellschaft gemessen werden.

Neben der Gesundheitsversorgung für alle und der Landverteilung war der Aufbau eines flächendeckenden und kostenlosen Bildungswesens ein ganz wichtiger Aspekt der Revolution. Der gesamten Bevölkerung sollte freier Zugang zur Bildung verschafft werden: Durch den Ausbau der Vorschulen, der Grund- und weiterführenden Schulen, der Universitäten und polytechnischen Schulen, der Lehrerausbildung, aber auch oder vor allem durch eine beispiellose "Alphabetisierungskampagne". Bildung wurde als wichtigste Grundlage der Entwicklung eines 'Entwicklungslandes' angesehen. Das ist seit 1990 anders.

Der Prozeß der Umgestaltung des Bildungswesen

Die konservativ-liberalen Regierungen wollten das Bildungssystem 'entpolitisieren' und entsprechend der neoliberalen Wirtschaftslehre setzte man auch im Bildungswesen auf Deregulierung, Liberalisierung und Privatisierung. Das bedeutet Rückzug des Staates aus der Verantwortung.

Die Schuldenkrise und in deren Folge vor allem die Auflagen der internationalen Finanzinstitutionen wie IWF (Internationaler Währungsfonds) und Weltbank verschärften die Situation in Nicaragua: Zu den sogenannten 'Strukturanpassungen' (die Bedingungen für Kreditvergaben sind), gehört auch die Stabilisierung der Staatsfinanzen, die durch Personalentlassungen im öffentlichen Dienst, Kürzungen im Sozialbudget (u.a. bei Bildungs- und Gesundheitsaufgaben) und Erhöhung der Preise für öffentliche Dienstleistungen (Bildung, Gesundheit, Energie und Transport) erreicht werden sollen.

Obwohl schon seit Ende der 80iger Jahre anerkannt ist, dass als Folge der Strukturanpassung kompensations-

Nicaragua
Verein
Hamburg

www.nicaragua-verein.de

torische Maßnahmen auch im Bildungswesen zur Armutsmilderung notwendig sind, wird in Nicaragua bis heute die Umgestaltung des Bildungswesens zugunsten einer Entlastung des Staatshaushaltes fortgetrieben.

Autonomie des Schulwesens

Der Rückzug der Regierung aus der Verantwortung für die Bildung findet unter verschiedenen Aspekten statt. Organisatorischer Kernpunkt ist die 'Privatisierung', d. h. Abwälzung der Kosten auf andere Träger. Schlagworte der Umgestaltung sind die 'schulische Autonomie' und die 'Partizipation' der Eltern am Bildungsprozeß. Beide Begriffe erscheinen zunächst positiv, vermutet man doch eigenverantwortliche Entscheidungen der einzelnen Schulen über den Umgang mit Mitteln und Bildungsinhalten. Dahinter verbergen sich aber nichts anderes als Sparmaßnahmen. Real bedeutet '**Autonomie des Schulwesens**', dass die Regierung Nicaraguas kaum noch Mittel für Bildungseinrichtungen zur Verfügung stellt. Die Zuweisungen des Erziehungsministeriums decken gerade ein viel zu niedriges Grundgehalt der LehrerInnen. Mittel für den Erhalt der Gebäude, die Kosten für Strom und Wasser, für Lehr- und Lernmittel müssen die Schulen selbst erwirtschaften, d.h. von den



Es mangelt an allem ... Hier gibt es zu wenig Klassenräume - der Unterricht findet im Freien statt

Eltern einfordern. So mangelt es an allem - an LehrerInnen, Schulen, Klassenräumen, sogar am einfachsten wie an Stühlen oder Kreide. Heutzutage sind 80 % aller Schulen Privatschulen. 2005 soll die 'Autonomie' abgeschlossen sein - dann sind alle Schulen in irgendeiner Form Privatschulen.

Auch der Begriff der '**Partizipation**' bezieht sich nicht auf Mitgestaltung von Bildungsinhalten, Zielen oder ähnlichem, die Lehrpläne werden immer noch vom Erziehungsministerium festgelegt. Wie weit Eltern in die inhaltliche Ausgestaltung des Bildungsprozesses eingebunden werden können bleibt unklar. Allerdings sollen sie finanziell partizipieren: Auf Anraten von IWF und Weltbank wurden "Benutzerbeiträge" zur Finanzierung der Kosten eingeführt, die nach Regierungsterminologie 'freiwillige' Beiträge der Eltern sind.

Zur Situation in den Schulen

Bernarda López berichtete auf unserer Veranstaltung: **Was hat der IWF mit der Bildungsmisere in Nicaragua zu tun?** dass durch wachsende Armut und die Sparpolitik im Bildungswesen von 2,5 Mill. schulpflichtigen Kindern heute schon 800.000 Kinder keine Bildungseinrichtungen mehr besuchen können. Von 100 eingeschulten Kindern beenden nur 29 die Grundschule, 4 erreichen die Hochschulreife und 2 beenden das Studium. Die Analphabetenrate liegt wieder bei 40 %.

Verlierer sind die Kinder der vielen armen Familien und besonders kräftig ist die Situation auf dem Land. Der größte Teil der Bevölkerung wird also in Zukunft ohne (Aus-) Bildung bleiben. Die Verschlechterung der psychischen, sozialen und ökonomischen Entwicklungschancen der Kinder wird viele gesellschaftliche Auswirkungen haben. Letztlich werden sich die Entwicklungschancen Nicaraguas und die Lage der gesamten Bevölkerung



Bernarda Lopez spricht zur Bildungsmisere in Nicaragua, Karin Uhlenhaut übersetzt

verschlechtern. Schlecht ausgebildete Menschen sind leichter manipulierbar; das wird den Demokratisierungsprozess der nicaraguanischen Gesellschaft gefährden.

Zur Situation der LehrerInnen

Weitere Verlierer sind aber auch die Lehrkräfte. Bei einem wörtlich zu nehmenden 'Hungerlohn' von 65 \$ im Monat - der Grundwarenkorb beträgt inzwischen 350 \$ - können sie kaum ihre Familien ernähren. Viele sind gezwungen, in 2 bis 3 Jobs zu arbeiten.

Bernarda berichtete, dass einige an 2 verschiedenen Schulen in unterschiedlichen Schichten arbeiten, die große Mehrheit habe aber andere Nebenjobs wie Wäsche waschen, irgendwelche Sachen verkaufen, einen kleinen Laden zu Hause... Das hat natürlich Auswirkungen - auf die Psyche, die Unterrichtsgestaltung, die Gesundheit, die Familie. Die schwierigen Arbeitsbedingungen in der Schule kommen hinzu: Durchschnittlich 60 SchülerInnen pro Klasse, zu kleine Klassenräume oder gar keine, keine Zeit zur Vorbereitung, von Fortbildungen ganz zu schweigen.

So sinken immer mehr die Lebensqualität der LehrerInnen und die Qualität der Bildung insgesamt. Es ist nicht verwunderlich, wenn nach einer Umfrage der Lehrgewerkschaft ANDEN Anfang dieses Jahres 61 % der befragten LehrerInnen sagten, dass sie ernsthaft darüber nachdenken, eine andere Arbeit zu suchen. Im letzten Jahr gab es noch das Argument, dass zumindest der Arbeitsplatz sicher sei. Mit den neuen Trägern der 'autonomen Schulen' sollen jetzt jedoch

neue Verträge abgeschlossen werden. ANDEN rät davon ab – damit würden alle erworbenen Rechte zunichte und außerdem gäbe es nur noch Zeitverträge für 1 Jahr. Ziel dieser Flexibilisierung sei, den Vorgaben von IWF und Weltbank (Senkung der Beschäftigtenzahlen und Reduzierung der Kosten im öffentlichen Sektor) leichter nachkommen zu können.

Als Beispiel für die geringe Wertschätzung des Bildungswesens und der Arbeit der Lehrkräfte noch eine Anmerkung von Bernarda Lopez: In Gesprächen mit Parlamentariern aller Parteien wurde ein Vorschlag zur Erhöhung des Bildungsetats einschließlich einer Lohnerhöhung erarbeitet. IWF und Weltbank haben diesen erhöhten Staatshaushalt nicht genehmigt, ihre Strukturanpassungsprogramme verböten eine Erhöhung der Staatsausgaben. Zynisches Argument: Die Mehrheit der Bevölkerung lebe von 1 Dollar pro Tag, die Lehrer haben ja schon 2 Dollar, das sei immerhin das Doppelte.

Nun wurde am 15. Juli eine Großdemonstration veranstaltet. 5.000 LehrerInnen nahmen teil – trotz Drohungen und Nichtbezahlung des Gehalts. Am 15. Oktober wird

erneut über den Staatshaushalt verhandelt. Auch das soll von einer Großdemonstration begleitet werden. Wird sich auch dann nichts ändern, ist die Mehrheit der LehrerInnen zum Generalstreik bereit. Zu verlieren haben sie nicht mehr viel.

Kein Konzept im Bildungsbereich

Im Grunde gibt es kein Konzept im Bildungsbereich, resümiert Bernarda Lopez verbittert. Das, was die Parlamentarier in erster Linie interessieren, sind ihre politischen Diskussionen. Und wenn dabei einmal das Thema Bildung gestreift werde, dann gehe es eigentlich nur darum, dass Bildung als Ware verstanden wird und nicht mehr als Menschenrecht. Die ganze Privatisierung macht das deutlich: Bildung wird nicht mehr als gesellschaftliche Verpflichtung verstanden, sondern wird zur individuellen Herausforderung an die Familien der SchülerInnen und zum anderen zur Einnahmequelle für private Bildungseinrichtungen. Im Vordergrund steht der wirtschaftliche Aspekt.

Den Ankündigungen der Bolaños-Regierung, dass sie eine breitflächige Alphabetisierungskampagne plane und dass auf wundersame Weise die "Lehrer vervielfältigt" werden sollen, kann man kaum Glauben schenken. Wie das ohne Erhöhung des Bildungsetats und ohne Anhebung der Lehrergehälter gelingen soll, verschweigt er noch.

Ein Beispiel für verzweifelte Rettungsversuche wäre vielleicht das von der Weltbank unterstützte APRENDE-Programm zum Ausbau der kommunalen Vorschulen. Nachdem der Staat sozusagen die Vorschulerziehung abgeschafft hat, wird diese wichtige Arbeit jetzt von freiwillig arbeitenden Müttern geleistet, die dafür keine Ausbildung und häufig auch nur einen geringen Bildungsstand haben. Subventioniert wird dieses Notprogramm von der Weltbank mit 10 \$



... 1 'marodes' Spielgerät für ca. 500 SchülerInnen

pro Monat und als erfolgreiches Bildungsprogramm verkauft. In einer zweiten Stufe sollen die Eltern die Vorschulen übernehmen! Das Ziel scheint nach José Zepeda, Vorsitzender von ANDEN, eine minimale Bildung zu sein, die "ausreicht, um in den Maquilas den Arbeitsvertrag unterschreiben zu können und die notwendigsten Anweisungen zu verstehen"

Gerda Palmer und
Dettef de Cuveland

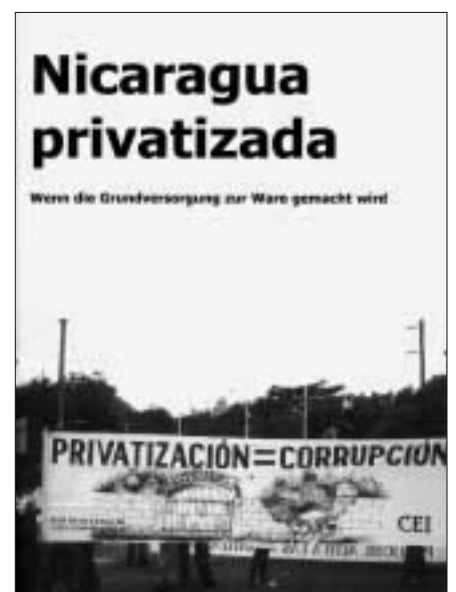
Quellen: Veranstaltungen von Bernarda Lopez bei ihrem Hamburgbesuch, 'Educación no es popular' aus *Nicaragua privatizada*, 2003, S.28 - 31

Verfassung der Republik Nicaragua von 1987 mit den Reformen von 1995 (letzte Änderung: Jan. 2002)

Artikel 105: Aussagen zur Bildung: ... Die Leistungen Bildung, Gesundheit und soziale Sicherheit sind elementare Aufgaben des Staates; er ist verpflichtet, sie ausnahmslos jedem zur Verfügung zu stellen, sie zu verbessern und auszuweiten. Die Einrichtungen und Infrastruktur der oben genannten Leistungen sind Eigentum des Staates und können unter keinen Umständen veräußert werden.

... Die staatlichen Leistungen Gesundheit und Bildung müssen ausgeweitet und intensiviert werden. Das Recht auf Eröffnung privater Dienste in den Bereichen Gesundheit und Bildung wird garantiert.

Es ist Aufgabe des Staates, die Kontrolle der Qualität der Güter und der Dienstleistungen zu garantieren ...



Diese lesenswerte Broschüre ist im Nicaragua Verein für 3,-€ erhältlich. Infos: www.nica.open-lab.org